

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Renner, Dr. Götz Frömming, Thomas Ehrhorn, Marc Bernhard, Siegbert Droese, Mariana Harder-Kühnel, Waldemar Herdt, Jörn König, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Tobias Matthias Peterka, Dr. Dirk Spaniel, René Springer und der Fraktion der AfD**

### **Einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität auf den Weg bringen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sprache und Kultur stifteten in Deutschland bereits ein hohes Maß an Gemeinsamkeit, bevor sich eine politische Nation herausbildete. Kultur übernahm die Funktion eines einigenden Bandes zwischen den Deutschen, was das in viele quasi-selbstständige Territorien zersplitterte (Römisch-)Deutsche Reich nicht zu leisten imstande war. In der Folge wurden Musik, Philosophie, Architektur oder auch Literatur zu Trägern kultureller Identität. Für die Herausbildung einer kulturellen Identität bzw. dem Zusammengehörigkeitsgefühl war das von nachhaltiger Bedeutung.

Kulturelle Identität basiert im Wesentlichen auf drei Pfeilern, nämlich auf gemeinsamen historischen Erfahrungen, auf der Ortsbestimmung in der Gegenwart und, daraus folgend, auf der Perspektive, die mit Blick auf die Zukunft entwickelt wird. Das Zusammenwirken dieser Aspekte kultureller Identitätsbildung führt zu dem, was der Soziologe Sven Papcke als „schöpferische Leistung einer ‚Balancestiftung‘“ bezeichnet (Sven Papcke: Gibt es eine kulturelle Identität der Deutschen?; in: Werner Weidenfeld [Hrsg.]: Die Identität der Deutschen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1983, S. 259). Aus dieser „Balancestiftung“ entwickelt sich das, was als Zusammengehörigkeitsgefühl bezeichnet werden kann.

Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl löst sich durch die voranschreitende „Dekonstruktion“ aller Merkmale kultureller Identität immer weiter auf. Identitätsbildung wird zunehmend verunmöglicht, weil eine seit langem anhaltende „Kulturrevolution“ (Egon Flaig) (<https://www.tichyseinblick.de/feuilleton/buecher/egon-flaig-wir-erleben-eine-kulturrevolution/>) die Denunzierung des eigenen Herkommens und der eigenen Geschichte – mit Blick vor allem auf die NS-Zeit und neuerdings auch auf die deutsche Kolonialzeit – als Ausdruck emanzipatorischen Fortschritts kommuniziert, was zunehmend zum Bruch mit den Traditionen und dem eigenen Herkommen führt. Diese Entwicklung ist alarmierend, gibt es doch „ohne Geschichte und Tradition, ohne Wissen und Bildung“ „kein kulturelles Gedächtnis als Voraussetzung für ein Gefühl der Zusammengehörigkeit“, wie 2014 der damalige Präsident des Goethe-Instituts, Klaus-Dieter Lehmann, auf der 21. Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung feststellte (<https://www.goethe.de/de/uun/prs/int/prs/alt/20450313.html>; abgerufen am 2. Dezember 2020).

Die oben angesprochene „Kulturrevolution“ hat ihre Wurzeln in den 1960er Jahren. Schon im Gefolge der Bürgerrechtsbewegung in den USA, der Studentenbewegung und der Frauen- und der Homosexuellenbewegung hatten sich in den Sozial- und

Kulturwissenschaften neue Paradigmen entwickelt (vgl. hierzu Mathias Hildebrandt: Multikulturalismus und Political Correctness in den USA, Wiesbaden 2005). Die noch bis in die 1960er Jahre vorherrschende Vorstellung, soziale Übel seien vor allem durch die wirtschaftliche Zusammenhänge bedingt, wurde abgelöst durch die Vorstellung, Machtstrukturen als Quelle sozialer und kultureller Übel würden durch „Diskurse“, also letztlich auf der kulturellen Ebene, reproduziert und müssten daher diskursiv „dekonstruiert“ werden.

Die hier maßgeblichen kulturkritischen Wissenschaftsdisziplinen, im Verbund mit einer Reihe von meinungsbildenden gesellschaftlichen und politischen Akteuren, verfolgen mit Blick auf diese „Diskurse“ eine kulturpolitische Agenda, die auf die „Veränderung der Verhältnisse“ durch die „Umschreibung herrschender Narrative“ zielt (Maria-Sybilla Lotter: Moral statt Wahrheit: Allzu oft wird Wissenschaft als Wiedergutmachungsprojekt betrieben, <https://www.nzz.ch/feuilleton/wissenschaft-wird-zum-wiedergutmachungsprojekt-ld.1561543>; abgerufen am 2. Oktober 2020).

Diese „Umschreibung herrschender Narrative“ setzt auf der impliziten Behauptung auf, dass die eigene kulturelle Prägung durch die massenhafte Zuwanderung aus kulturfremden Regionen mittlerweile so verflüssigt worden sei, dass von einer spezifisch deutsch geprägten Kultur nicht mehr die Rede sein könne. Nur so ist die Feststellung der ehemaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD) – die hier stellvertretend für andere genannt sei –, erklärbar, eine „spezifisch deutsche Kultur“ „jenseits der Sprache“ sei „schlicht nicht identifizierbar“ (<https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/wie-nuetzlich-ist-eine-leitkultur-debatte/leitkultur-verkommt-zum-klischee-des-deutschseins.html>; letzter Zugriff: 8. Dez. 2020).

Diesem wachsenden Gedächtnisverlust im Hinblick auf die eigene Identität und das eigene Herkommen, der auch durch einen augenfälligen Mangel an Bildung gekennzeichnet ist, ist entgegenzuhalten, dass es sehr wohl eine spezifisch deutsch geprägte „kulturelle Identität“ gibt, die zu bewahren – oder die es, mit Blick auf verlorene Bauten von nationaler Bedeutung (wie zum Beispiel das Berliner Schloss oder die Frankfurter Altstadt), wieder zu rekonstruieren gilt – zu den großen Herausforderungen gehört, denen sich die Deutschen in diesem Jahrhundert zu stellen haben (siehe auch Antrag Kulturelle Identität bewahren – eine Deutsche Akademie für Sprache und Kultur gründen, BT-Drs. 19/28764).

Die erfolgreichen Rekonstruktionsprojekte in Dresden, Frankfurt/Main oder Berlin zeigen, dass es auch mit Blick auf die architektonische Gestalt unserer Städte ein Grundbedürfnis nach kultureller Identität gibt, die etliche Bauten der „brutalistischen Moderne“, die – wie es der Architekt Leon Krier ausdrückte – durch „menschenverachtende Häßlichkeit“ und „Trostlosigkeit“ gekennzeichnet sind (Leon Krier: Das Ende der Heuchelei, Cato 5/2018, S. 50–57), nicht vermitteln wollen oder können. Deshalb gilt es – mehr als fünfzig Jahre, nachdem Wolf Jobst Siedlers bis heute aktuelle Architekturpublikation „Die gemordete Stadt“ (1964) publiziert wurde –, einen grundlegenden Paradigmenwechsel einzuleiten, der unseren Städten ein Stück jener Heimat, Identität und Tradition zurückgibt, die durch die großflächigen Verwüstungen des Bombenkrieges und die Bauverfehlungen der Nachkriegsarchitektur sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch der DDR verloren gegangen ist.

Dieser Paradigmenwechsel im Hinblick auf die Bewahrung und Pflege kultureller Identität steuert einem seit langem anhaltenden gesellschaftlichen Desiderat entgegen, das der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg bereits vor knapp 40 Jahren wie folgt auf den Punkt brachte: „Gehen die Deutschen mit ihrer Identität so großzügig um, oder so wegwerfend? ... Es ist eins, glaube ich, die Quittung der Geschichte zu unterschreiben als ehrlicher Schuldner. Es ist ein anderes, zugleich aus der eigenen Geschichte auszutreten“ (Adolf Muschg: Deutsche Fragen. Wenn ich ein Deutscher wäre ..., in: Die Zeit, 10. September 1982; zitiert von Werner Weidenfeld in: Die Identität der Deutschen. Fragen, Positionen, Perspektiven; in: Werner Weidenfeld

[Hrsg.]: Die Identität der Deutschen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1983, S. 23).

Muschg' Einlassung ist mit Blick auf die oben angesprochene „Umschreibung herrschender Narrative“ hochaktuell. Diese „Umschreibung“ erodiert zunehmend die „Summe unseres Orientierungswissens“; mit dieser Formulierung versuchte der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld Identität zu umschreiben (Werner Weidenfeld: Die Identität der Deutschen – Fragen, Positionen, Perspektiven; in: Werner Weidenfeld [Hrsg.]: Die Identität der Deutschen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1983, S. 19).

Eine Gesellschaft indes, in der die „Regeln des Zusammenlebens immer wieder neu ausgehandelt werden“ sollen, steht in der Gefahr, dieses „Orientierungswissen“ zu verlieren, dieser „schöpferischen Leistung einer ‚Balancestiftung‘“ verlustig zu gehen. Es bedarf deshalb einer Selbstvergewisserung darüber, auf welchen Säulen dieses „Orientierungswissen“ steht und wie es bewahrt werden kann. Der geeignete Rahmen für diese Selbstvergewisserung ist die Ausrufung eines Nationalen Aktionsplans Kulturelle Identität.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität zu beschließen, der vor allem folgende Handlungsfelder umfassen soll:

a) Sprache und Bildung: Die Ausbildung von Identität, Kultur und Sprache ist neben einer fundierten Schulbildung von zentraler Bedeutung, um sich auf Basis einer klar umrissenen kulturellen Identität selbstbewusst entwickeln zu können. Dieses Handlungsfeld des Nationalen Aktionsplans soll insbesondere – mit Unterstützung der zu gründenden Deutschen Akademie für Sprache und Kultur (BT-Drs. 19/28764) – auch die Pflege der deutschen Sprache, die nicht zum Spielfeld ideologisch motivierter Überformungen (z. B. durch die „geschlechtergerechte Sprache“) werden darf, in den Mittelpunkt der zu entfaltenden Aktivitäten stellen.

b) Memorialkultur: Was zum kulturellen Gedächtnis gehört, prägt unsere Identität, und zwar sowohl im Positiven wie auch im Negativen. Identität wird dann verbindlich, sobald mittels Sprache historische Ereignisse als Erlebnisse geteilt und als gemeinschaftlich empfunden werden können. Gemeinschaftliche Erfahrungen erzeugen ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das über Generationen hinweg sogar ganze Nationen begründen kann. Die aktuelle Reduktion kultureller Identität auf eine Schuld- und Schamkultur, die weite Teile der öffentlichen Meinung dominiert, verhindert durch ihren ausschließlichen Negativbezug, dass dieses generationenübergreifende Zusammengehörigkeitsgefühl, das nationale und kulturelle Identität begründet, nicht mehr positiv weitergetragen werden und identitätsstiftend wirken kann.

Diese verengte Sichtweise soll durch positive Bezugspunkte kultureller Identität erweitert werden, um die aktive Aneignung kultureller Traditionen, Gepflogenheiten und Werte wieder in den Vordergrund zu rücken. Auf diese Weise wird nicht nur der Selbstaufgabe der kulturellen Identität der Deutschen in Form einer „Leitkultur“ entgegenwirkt, sondern auch einem „fundamentalen gesellschafts- und verfassungspolitischen Auftrag“ (Rupert Scholz: Kulturelle Identität, Die Politische Meinung, Nr. 465, August 2008, S. 35–39, hier: S. 37) entsprochen.

c) Aktiver Schutz der sichtbaren Manifestationen kultureller Identität: Denkmäler, Bauten von nationaler Bedeutung, Artefakte und Museumsbestände sind durch gezielte Bildungsanstrengungen und durch den verstärkten Einsatz von Sicherheitsmaßnahmen (wie z. B. Überwachungskameras) sowie

deutlich verschärfte Strafen vor Vandalismus jeder Art und Diebstahl zu schützen.

d) Initiativen, die sich für den Wiederaufbau zerstörter historischer Gebäude von nationaler Bedeutung im Zweiten Weltkrieg einsetzen, sollen auch mit Bundesmitteln unterstützt werden. Der ästhetischen Minderung, die durch modernistische Bauten entstanden ist und häufig als Makel im Stadtbild empfunden wird, soll durch derartige Initiativen aktiv entgegengetreten werden. Sie tragen damit im hohen Maße zur Bewahrung kultureller Identität und zur Heilung städtebaulicher Verfehlungen in den letzten Jahrzehnten bei.

2. gemeinsam mit den Ländern und in Abstimmung mit dem Deutschen Bundestag umgehend Verhandlungen aufzunehmen, um eine aktive Unterstützung der Länder bei der Initiierung eines Nationalen Aktionsplans Kulturelle Identität sicherzustellen.

Berlin, den 19. Februar 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## **Begründung**

Anfang März 2018 erklärte die Kulturstaatsministerin in einem Interview, in der Kulturpolitik gehe es „um Fragen der Identität, also um das, was uns im Innersten ausmacht, prägt und verbindet“; damit ginge „die Frage nach Heimat und kultureller Abgrenzung“ einher (<https://www.moz.de/kultur/artikelansicht/dg/0/1/1642105/>; abgerufen am 1. Oktober 2020). Im Zusammenhang mit dem Juwelenraub im Grünen Gewölbe in Dresden erklärte die Ministerin, in „deutschen Museen lagerten Kunstschätze, die die ‚kulturelle Identität‘ des Landes“ ausmachten, „deren Wert in die Milliarden“ ginge (<https://www1.wdr.de/kultur/kulturnachrichten/konferenzsicherheit-museen-100.html>; abgerufen am 1. Oktober 2020). 2008 erklärte die Bundeskanzlerin zum zehnjährigen Bestehen des Amtes des Staatsministers für Kultur, dass „Kultur das einigende Band für unser Deutschland“ sei; sie sei „auch so etwas wie der Ausdruck nationaler Identität“ (<https://www.bundestag.de/resource/blob/822020/1148388/bd78a84abc6771ebb58786bdba6e9/2008-10-25-text-data.pdf>; abgerufen am 1. Oktober 2020).

Dieser bewusste Rekurs der Kulturstaatsministerin und der Bundeskanzlerin auf Begriffe wie „kulturelle“ oder auch „nationale Identität“ steht im auffälligen Gegensatz zur Auskunft der Bundesregierung, nach dem dieser Begriff „Gegenstand wissenschaftlicher Analysen und gesellschaftlicher Diskussionen“ sei, „zu denen die Bundesregierung nicht Stellung“ nehme (Bundestagsdrucksache 19/20015, S. 2). Die Weigerung der Bundesregierung, hier inhaltlich Stellung zu beziehen, diese Begriffe aber dennoch in offiziellen Stellungnahmen zu verwenden, macht es aus Sicht der Antragsteller notwendig, mittels des Instrumentes einer parlamentarischen Initiative diese begriffliche Leerstelle zu klären. Dies erscheint umso dringlicher, weil Deutschland sich inmitten einer „kulturellen Revolution“ befindet, die Begriffe wie kulturelle oder nationale Identität, zumal vor dem Hintergrund einer weiterhin unregulierten Massenzuwanderung, weiter in Frage zu stellen droht (<https://www.tichyseinblick.de/feuilleton/buecher/egon-flaig-wir-erleben-eine-kulturrevolution/>; abgerufen am 1. Oktober 2020).

Diese „Revolution“ ist nach Flaig durch drei Strömungen charakterisiert: zum einen von identitätslinken Strömungen, die Sonderrechte für Minderheiten fordern. Im Weiteren von Gruppen, die unter dem Schlagwort „Anerkennung“ agieren und fordern, dass ihre Anliegen im besonderen Maße beachtet werden sollen und niemand das Recht hat, ihre Deutung der Geschichte in Frage zu stellen. Und schließlich durch den Postkolonialismus,

der ein Zerrbild der europäischen und damit auch der deutschen Geschichte transportiert. Deren Vertreter denunzierten nach Flaig jede Wissenschaft, die streng „zwischen Gedächtnispolitik und wahrheitsorientierter Historie“ unterscheidet, mit dem Ergebnis, dass sich ein „groteskes Bild von der europäischen Geschichte durchgesetzt“ habe, „voller Fake History“.

Die Schriftstellerin Cora Stephan hat mit Blick auf den damit einhergehenden „Säuberungsfuror“ einen Vergleich zu Maos Roten Garden in der Zeit der „Kulturrevolution“ gezogen. An deren Anfang standen auch „Denkmalsturz und Vernichtung bürgerlicher Traditionen“. Damit beginne jede Revolution: „Zerstören überkommener Bindungen. Wenn das historische Gedächtnis gelöscht werden soll, wird alles gegenwärtig, wurzellos, verbindungslos. Der Generationenzusammenhang: ausgelöscht. Die uralte Solidargemeinschaft zwischen Mann und Frau: zerbröseln unter schrillen feministischen Attacken. Der Mensch wird zum bindungslosen Einzelwesen, der nur noch einen Anker kennt: den Staat“ (<https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2020/das-hat-totalitaere-zuege/>).

Der aktuelle Hebel, kulturelle Identität weiter auszuhöhlen, lautet „Historische Gerechtigkeit“. Sie bezieht sich vor allem auf Rechte und Pflichten, die sich aus historischem Unrecht und seinen Folgen ergeben. „Historische Gerechtigkeit“ wird dann geübt, wenn diesen Rechte und Pflichten Genüge getan wird. Das kann durch die Rückgabe geraubten Eigentums, die Behebung von angerichteten Schäden an Land, Gebäuden und Gegenständen, die Entschädigung von Personen für die Folgen von Freiheitsberaubungen, Körperverletzungen oder sozialer Marginalisierung geschehen. Das geschieht weiter durch Ächtung historischer Persönlichkeiten, von Traditionen oder kultureller Hervorbringungen, die im Raster „historischer Gerechtigkeit“ negativ bewertet werden.

Diese Ächtung und das durch sie beeinflusste gesellschaftliche Klima ist ein Faktor dafür, dass mittlerweile auch vor Vandalismus gegenüber einzigartigen Kulturgütern, wie zuletzt in einigen Staatlichen Museen zu Berlin, aber auch anderswo, nicht mehr haltgemacht wird

(<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/berliner-museumsinsel-vandalismus-am-tag-der-deutschen-einheit-17012192.html>; <https://www.morgenpost.de/berlin/polizeibericht/article230749200/Neuer-Vandalismus-Fall-auf-Museumsinsel.html>). Der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sprach sogar davon, es sei „jetzt nicht mehr zu leugnen: Die Kultur wird angegriffen“

(<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/stiftung-praesident-parzinger-die-kultur-wird-angegriffen-17017948.html>). Wesentliche Fundamente der Memorialkultur – von Straßennamen über Kulturgüter bis hin zu Denkmälern oder Liegenschaften – und damit im weiteren Sinne auch der kulturellen Identität drohen durch dieses Verständnis „historischer Gerechtigkeit“ der „damnatio memoriae“ zu verfallen.

Aufgrund dieser besorgniserregenden, gesellschaftsspaltenden Entwicklung ist aus Sicht der Antragsteller eine Selbstvergewisserung über die Grundlagen kultureller oder nationaler Identität dringender denn je. Diese kann nicht auf eine bloße „Verfassungskultur“ reduziert werden, wenn sie als „Leitkultur“ Bestand haben soll.

Der hiermit verbundene Paradigmenwechsel führt unweigerlich zu einer Erosion unserer kulturellen Grundlagen, wogegen aus Sicht der Antragsteller entschiedener Widerstand notwendig ist, um die Tradierung kultureller Identität, so wie sie über Jahrhunderte gewachsen ist, fortsetzen zu können. Diese Tradierung hängt auch und vor allem an der deutschen Sprache als einem der wesentlichen Pfeiler kultureller Identität. Ihre Pflege und Bewahrung muss vor dem Hintergrund der oben dargestellten Erosionsprozesse kultureller Identität höchste Dringlichkeit zukommen.

Mit der Ausrufung eines Nationalen Aktionsplans Kulturelle Identität – in Verbindung mit der Gründung einer Deutschen Akademie für Sprache und Kultur (siehe Antrag Kulturelle Identität bewahren – eine Deutsche Akademie für Sprache und Kultur gründen) – würde aus Sicht der Antragsteller dahingehend ein Zeichen gesetzt, dass sich der deutsche Staat der Dringlichkeit dieser Aufgabe bewusst ist und aktive Maßnahmen ergreift, um diesen Erosionsprozessen entschieden Einhalt zu gebieten, um die Resilienz kultureller Identität mit aller Unterschiedlichkeit zu stärken.